

Michael Schneider

Kleinmut kommt vor dem Fall

Oder: Was wir von den Franzosen lernen können

Prof. Dr. Michael Schneider, geb 1943 in Königsberg, Studium der Naturwissenschaften in Freiburg, Berlin und Paris sowie der Soziologie und Philosophie in Berlin, war Lektor, Journalist und Schauspieldramaturg. Er lebt als freier Autor in der Nähe von Wiesbaden.

Ein besseres Wahlergebnis als das vom 27. September 1998 konnten sich die rot-grünen Parteien und alle Befürworter eines veritablen Politikwechsels im Lande eigentlich nicht wünschen: Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte, auch nicht während der Weimarer Republik, fiel der Wählerauftrag für einen grundlegenden Wandel und für eine offensive Reformpolitik so klar und eindeutig aus. Ein Glücksfall der deutschen Geschichte und ein Grund zum Jubeln. Schon die ersten Presseerklärungen der rot-grünen Spitzenpolitiker signalisierten, daß jetzt ein neuer Geist und Politikstil in die Bonner bzw. Berliner Republik einkehren wird. Und der Text der Koalitionsvereinbarungen war durchaus angetan, selbst Skeptiker vom unbedingten Reformwillen der neuen Männer und Frauen an der Staatsspitze zu überzeugen, auch wenn über vielen Reformvorhaben das große Fragezeichen des „Finanzierungsvorbehalts“ steht und jedermann klar ist, daß bei der ungeheuren Schuldenlast, die die alte der neuen Regierung hinterlassen hat, die finanziellen Spielräume zur versprochenen Korrektur der extrem ungleichen Verteilungsverhältnisse und zur Entlastung der mittleren und unteren Einkommen ziemlich eng sind.

I.

Und doch: Wie zaghaft und wankelmütig ist der Einstand der rot-grünen Regierung gerade auf den beiden Politikfeldern, die sie selbst zu Recht als vordringlich apostrophiert hat - der Beschäftigungspolitik, mit der sie ihr eigenes politisches Schicksal verknüpft, und der Steuerreform, aus der ja die wesentlichen Impulse für eine Stärkung der Binnennachfrage und für mehr Beschäftigung kommen sollen.

Kaum war die 75-Punkte-Liste veröffentlicht, die die Streichung der Steuerprivilegien und die Schließung der diversen Steuerschlupflöcher vorsieht, ging das Geschrei los. Und sofort wurde auf Druck der Wirtschaftslobby „nachgebessert“. Mag sein, daß man im ersten Entwurf der Steuerreform auf die Interessen der Bauern, des Handwerks und der Existenzgründer zu wenig Rücksicht genommen hatte; aber offenkundig ist auch, daß just diejenigen, die bisher Steuersparmöglichkeiten exzessiv nutzen konnten, welche ihnen jetzt zum Teil genommen werden, nun das große Lamento anstimmen und sich als

Interessenwahrer des Handwerks und der Existenzgründer aufspielen. Die rot-grüne Steuerreform sei ein „Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für den Mittelstand“ zeternd die Arbeitgeberverbände. Und flugs wurden schon geschlossen geglaubte Steuerschlupflöcher wieder sperrangelweit aufgemacht, der sog. Verlustvortrag, die steuersparende Verrechnung der Verluste mit früheren Gewinnen, wurde zurückgenommen und anderes mehr. Dasselbe Schauspiel bei der Öko-Steuernovelle: Die Reform belastet vorerst die Industrie nicht oder nur ganz geringfügig. SPD und Bündnisgrüne vereinbarten für das produzierende Gewerbe einen ermäßigten Steuersatz von 25 Prozent. Und gut ein Drittel der Industrieunternehmen sind von der Ökosteuern ausgenommen, mit der die Senkung der Lohnnebenkosten finanziert werden soll.

Schon jetzt zeichnet sich ab: Standfestigkeit und Beharrungsvermögen gegenüber denen, welche die Herren über die Arbeitsplätze der Nation sind, wird wohl nicht zum Gütesiegel der neuen Regierung werden. Wesentliche Impulse für die Nachfrage und nennenswerte Beschäftigungseffekte - darin sind sich alle Wirtschaftsinstitute einig - werden denn auch von der „Großen Steuerreform“, die sich in Wahrheit als eine ziemlich kleine erweist, nicht ausgehen. Dafür fällt die für das Jahr 2002 versprochene Nettoentlastung von 15 Mrd. DM erstens zu gering aus, zweitens kommt sie zu spät. Wenn man es allen recht machen und keinem weh tun will, wird die öffentliche Finanznot zum Dauernotstand, und statt Reformen werden dann nur Reförmchen herauskommen.

Dabei fehlt es in der reichsten Republik Europas gewiß nicht an Geld, Statt dem allzu durchsichtigen Lamento der Wirtschaftslobby nachzugeben, wäre die neue Regierung gut beraten gewesen“ zugleich mit den Plänen für ihre Steuerreform einen „Reichtumsbericht“ vorzulegen, den die alte Regierung stets verweigert hat. Damit die Millionen Arbeitslosen endlich einmal erfahren, wo das große Geld eigentlich sitzt, das Investitionen und Arbeitsplätze schaffen könnte aber nicht schafft. Dann würde auch dem „neuen Mittelstand“, der den Chefs der Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Handwerks nur allzu gerne sein Ohr leiht, deutlich werden, daß die höchst bescheidene Umverteilung zugunsten der mittleren und unteren Einkommen nur eine minimale Teilkorrektur jener gigantischen Umverteilung von unten nach oben darstellt, die in der zurückliegende Ära Kohl vonstatten ging.

Nur zur Erinnerung, falls man es schon wieder vergessen oder noch gar nicht gewußt hat: Die Einkommen aus Arbeit sind in Deutschland in den vergangenen zwölf Jahren um real zwei Prozent gestiegen. Gleichzeitig haben die Einkommen aus Kapital in diesem Zeitraum sozusagen Flügel bekommen und wurden um reale fröhliche 59 Prozent gesteigert. Von Banken bis zu Schraubenherstellern melden immer mehr Firmen Rekordumsätze und -gewinne. Die Kapitalrendite liegt heute höher als in Vollbeschäftigungszeiten. Zugleich ist der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen (berei-

nigte Lohnquote) heute auf dem niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik angelangt. Der Dax-Aktienindex stieg im abgelaufenen Jahr um 50 Prozent und stürmte in nie gekannte Rekordhöhen von über 5300 Punkten. Das Vermögen der Industriellenfamilie Quandt beispielsweise hat sich in zwei Jahren um rund 12 auf mehr als 19 Milliarden Mark vermehrt. Den Piëchs (VW und Porsche), den Haubs (Tengelmann), den Albrechts (Aldi) und Beisheims (Metro) dürfte es ähnlich ergangen sein. 85 Deutsche tragen an der schweren Bürde, Milliardär zu sein. 950.000 haben es immerhin zu Einkommens- und Vermögensmillionären gebracht. Reichtum aber ist in Deutschland - anders als in Amerika, wo eher das freimütige Herzeigen den Stil bestimmt - noch immer ein Tabuthema. Rund 13 Billionen Mark Vermögen - mehr als das Hundertfache des Daimler-Benz-Jahresumsatzes - besitzen die privaten Haushalte. Die Hälfte von 233 Milliarden Mark jährlich ausgezahlten Zinsen kassieren aber nur 5 Prozent der deutschen Haushalte. Gegenüber 1991 ist das jährliche Vermögenseinkommen der Selbständigenhaushalte rund sechsmal schneller gewachsen als das der Arbeiterhaushalte.

Ihr Geld auf dem freien Kapitalmarkt zu vermehren, fiel den Reichen bisher leicht, denn der Staat - ansonsten auf jeden Steuergroschen scharf - schonte sie auffällig. Und dies, so steht zu fürchten, scheint auch unter Rot-Grün nicht viel besser zu werden. Von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die dem Fiskus jährlich immerhin 8 Mrd. Mark brächte, ist jedenfalls nicht die Rede. Auch bei den Erben - 2 Billionen Mark werden in den nächsten Jahren weitergegeben - gibt sich der Staat äußerst zurückhaltend. 9 Prozent kassierte er bislang für eine Erbschaft von 1 Million und liegt damit ziemlich am Ende der internationalen Besteuerungsskala. Angesichts der ungeheuren Kluft zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum fragt man sich, warum eigentlich nicht auch große Vermögen, Aktienkurs- und sämtliche Spekulationsgewinne, einschließlich der aus dem florierenden Devisen-, Optionen- und Derivaten-Handel fließenden Gewinne, besteuert werden. Dann wäre auch mehr Geld für die Finanzierung öffentlicher Investitionen und Beschäftigungsprogramme und zur Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes und der Existenzgründer da.

Bekanntlich konnten die Betuchten die nominell hohen Steuersätze bisher leicht unterlaufen. Das Land Baden-Württemberg errechnete, daß für Einkünfte zwischen 250.000 und 1 Million Mark in der Praxis üblicherweise zwischen 14 und 28 Prozent Steuern fällig werden, obwohl der Höchststeuersatz 53 Prozent beträgt. In den vergangenen fünfzehn Jahren ist das Aufkommen aus veranlagter Einkommenssteuer von 31 Mrd. DM auf 4,5 Mrd. DM gesunken, ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen von 8,1 Prozent auf 0,6 Prozent, also auf ein Viertel zurückgegangen. Hat man dies schon wieder vergessen oder ist es der Öffentlichkeit noch gar nicht bekannt? Bei dem historischen Tiefstand der Steuerquote aus Einkommen und Kapitalerträgen ist wahrhaftig nicht einzusehen, warum Rot-Grün jetzt auch die Unternehmenssteuern generell senken will. Für die kleinen und mittelstän-

dischen Betriebe, von denen viele unter der Abgabenlast stöhnen, mag dies ja richtig sein, aber warum eigentlich für die Multis und Banken, die, dank internationaler Finanzmanipulationen, ihre Steuerlast praktisch beliebig herunterfahren können, oft auf unter zehn Prozent? Würde man großes Vermögen und Kapital, das sich - wie in früheren Zeiten der Adel - sukzessive aus der Steuerpflicht befreit hat, mehr zur Kasse bitten, dann würden die Milliarden nur so in die leeren Staatskassen sprudeln. Tut man dies nicht, werden die versprochenen Reformen mangels öffentlicher Finanznot noch lange auf sich warten lassen und wird der „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ (Zwickel) weitergehen.

II.

Die französischen Sozialisten gehen in dieser Hinsicht ungleich mutiger und konsequenter vor als ihre deutschen Kollegen am Rhein. Die Regierung Jospin hat die Körperschaftssteuer für Unternehmen mit über 50 Millionen Francs Umsatz von 36,6 auf 41,6 Prozent, die Steuer auf Veräußerungsgewinne von 19 auf 41,6 Prozent und die Kapitalertragssteuer von 20,9 auf 25 Prozent heraufgesetzt. Auch wenn das Kapital ein „scheues Reh“ ist, wie immer gesagt wird: von einer Kapitalflucht ist in Frankreich nichts zu hören. Vor allem durch die höhere Besteuerung der großen Unternehmen finanziert die Regierung Jospin ihr auf fünf Jahre angelegtes Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramm für 700.000 arbeitslose Jugendliche. Lafontaines Vorstoß, auch die 620/520-Mark-Jobs und die Scheinselbständigkeit sozialabgabepflichtig zu machen, ist natürlich zu begrüßen. Aber warum wird bei Rot-Grün über das viel umfassendere Konzept einer Wertschöpfungsabgabe nicht einmal im Traume nachgedacht? Die ungeheuren Gewinne aus dem Anlageboom tragen bekanntlich nicht zur Finanzierung der sozialen Sicherheit bei. Sozialabgabepflichtig sind nur die immer weniger werdenden Arbeitsplätze. Das heißt: Der Faktor Arbeit im Wertschöpfungsgefüge wird immer kleiner, dennoch muß er alle Sozialabgaben erbringen - ein Teufelskreis! Er wäre nur zu durchbrechen, wenn die Unternehmen gesetzlich zu einer Wertschöpfungsabgabe verpflichtet würden, deren Höhe sich nicht nach der Zahl der Beschäftigten, sondern nach der Höhe der Umsätze und Gewinne bemißt. Dann würde sich das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen für die Unternehmen weniger lohnen, denn sie müßten trotz Rationalisierung ihren Beitrag in die Sozialkassen entrichten.

Zwar hat die rot-grüne Regierung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität auf dem Papier höchste Priorität eingeräumt. Aber es fehlen im Koalitionsvertrag jegliche Konkretisierungen, wie sie den Dauerskandal wirksam bekämpfen will, daß allein wegen Steuerhinterziehung schätzungsweise jährlich 150 Mrd. in den deutschen Staatskassen fehlen, und daß weitere 50 Mrd. durch Subventionsbetrug verloren gehen. Einen Grund hierfür sieht die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten“ in „Seilschaften“ zwischen den Spitzen der Konzerne und der Politik. Sie beklagt, daß es den Polizeibehörden und Staatsanwälten an Personal und

„Know-how“ fehle, um kriminell agierenden Firmen“ mehr auf die Füße treten zu können.“ Stattdessen wird allenthalben ein Rückzug des Strafrechts auf seinen „klassischen“ Kern, also Diebe und Räuber, propagiert. Am Ende sind das die Dummköpfe und Tölpel, die unmaskiert eine Bank überfallen: die kriegen es pfundweise.

Eine der wichtigsten Sofortmaßnahmen in diesem Zusammenhang müßte die personelle Aufstockung der Finanzämter sein. Allein die Zahl der Betriebsprüfer müßte man vervielfältigen, damit regelmäßig Steuerprüfungen vorgenommen werden können. Auch wenn den internationalen Finanzmanipulationen der Multis und Banken im nationalen Alleingang kaum beizukommen ist, einen Teil der notorischen Steuerhinterzieher und -flüchtlinge könnte man auf diese Weise schon dingfest machen und zur Kasse bitten. Tut man dies nicht, wird Deutschland wohl bis ins nächste Jahrtausend geteilt bleiben in Steuerflüchtlinge und Steuerzwangszahler, denen die Abgaben in voller Höhe gleich vom Arbeitgeber abgezogen werden.

Ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Reichtumsproduktion kann auch eine Umverteilung von Arbeitsplätzen auf Dauer nicht gelingen. Den armen Staat können sich nur die Reichen leisten. Kommen die steigenden Gewinne der Großunternehmen, die mit immer weniger lebendiger Arbeitskraft erwirtschaftet werden, nicht in die Gesellschaft zurück, deren Potentialen sie entspringen, dann kann man den Sozialstaat abmagern und die Lohn- und Lohnnebenkosten senken wie man will, es wird keinen befriedigenden Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit geben.

Damit sind wir bei einem anderen Dilemma der rot-grünen Regierung: daß sie, trotz ihrer öffentlichen Kampfansage an die neoliberale Politik ihrer Vorgänger, den radikalen Bruch mit gewissen neoliberalen Dogmen und Zwecklügen noch immer nicht vollzogen hat. Dies zeigt sich u.a. in der rot-grünen Diskussion um das als vorrangig geltende Instrument einer neuen Beschäftigungspolitik: die Senkung der Lohnnebenkosten. Um sie zu senken, so heißt es unisono, brauche man die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform. Als ob man diese vor allem deshalb erfunden hat, um die Lohnnebenkosten zu senken. Inzwischen räumen selbst konservative Wirtschaftsinstitute ein, daß es keine Lohnkostennachteile deutscher Unternehmen gibt. Der in der wissenschaftliche Diskussion unumstrittene Maßstab für die Lohnkostenbelastung sind die Lohnstückkosten. Sie setzen die beiden maßgeblichen Größen miteinander ins Verhältnis: auf der einen Seite die absoluten, Arbeitskosten, auf der anderen die Produktivität, auf der einen Seite das, was die Unternehmen zu zahlen haben, auf der anderen Seite das, was sie dafür bekommen. Nach diesem Maßstab fällt die Lohnkostenbelastung in Deutschland seit Jahren, während sie im Rest der Welt steigt. In den Lohnstückkosten sind aber - und dies ist entscheidend - alle, ausnahmslos alle Lohnnebenkosten enthalten, welche Bestandteil der Arbeitskosten sind. Bei den Arbeitskosten gibt es demnach für die Wirtschaft keine überdurchschnittliche, vielmehr eine unterdurchschnittliche Belastung in Deutschland.

Hierin liegt auch, ungeachtet aller Kassandrarufer der Arbeitgeberverbände, das Geheimnis für die unangefochtene Wettbewerbsfähigkeit und den anhaltenden Exportboom der deutschen Wirtschaft. Will das nicht in die Köpfe, oder soll es nicht ausgesprochen werden, um der Wirtschaft ihr wichtigstes demagogisches Druck- und Erpressungsmittel gegenüber dem Staat und den Gewerkschaften zu erhalten?

In Deutschland, auch unter rot-grünen Politikern, gilt noch immer die irriige Meinung und neoliberale Maxime, daß die Gewinne von heute die Bedingung für die Investitionen von morgen und für die Arbeitsplätze von übermorgen sind. Eben darum will man ja auch den Unternehmen in punkto Steuern und Abgaben nicht zu nahe treten. Wie indes alle empirischen Daten und ökonomischen Studien der achtziger und neunziger Jahre belegen, hat sich der klassische Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Gewinnentwicklung einerseits und Beschäftigung andererseits längst entkoppelt. Nicht zuletzt deshalb, weil es für viele Unternehmen und Multis profitabler ist, einen immer größeren Teil ihrer Gewinne auf den internationalen Finanzmärkten anzulegen, als diese in neue Ausrüstungsinvestitionen zu stecken. Eben darum führt auch dauerhafte Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften nicht zu mehr Beschäftigung, wie die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat. Der neue Schatzkanzler und Keynesianer Lafontaine hat dies längst begriffen, ebenso der IG Metall-Chef Zwickel. Darum fordert er jetzt zurecht das „Ende der Bescheidenheit“, zumal das Mehr in den Lohntüten auch die Nachfrage stärken und die Binnenkonjunktur ankurbeln würde. Nichtsdestotrotz wird die IG Metall wegen ihrer angeblich unmäßigen und beschäftigungsfeindlichen Lohnforderungen von den Medien, den Arbeitgeberverbänden und sogar aus den Reihen der Gewerkschaften gerügt und abgekanzelt. 16 Jahre Kohl-Regierung sind eben auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen. Wird mit den neoliberalen Zwecklügen und Dogmen nicht endlich gebrochen, dann dürfte wohl auch das neue „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“, das zu schmieden und zu moderieren für Kanzler Schröder eine „Chefsache“ ist, am Ende nur wieder zum Tausch Lohnverzicht gegen eine höchst fragliche Beschäftigungsgarantie führen.

Auch bei der Ansetzung des anderen wichtigen Hebels der Beschäftigungspolitik, der unumgänglichen Arbeitszeitverkürzung, zeigt sich die rot-grüne Regierung, im Vergleich mit anderen Mitte-Links-Regierungen in Europa, als übervorsichtig. Im ganzen Koalitionsvertrag entfallen auf dieses Thema gerade drei Zeilen. Von „flexibler und beschäftigungswirksamer Organisation der Arbeitszeit, Teilzeitarbeit, Altersteilzeit sowie Einstiegsteilzeit für Jüngere, beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden“ ist die Rede - alles richtig. Aber vor einer gesetzlich zu regelnden Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie in Frankreich und Italien unter ähnlichem Problemdruck gerade eingeführt wurde, schreckt Rot-Grün, mit Rücksicht auf das Unternehmerlager, zurück. Dabei sind die Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung in den Achtziger Jahren eindeutig positiv ausgefallen: Sie hat in West-

deutschland zu einer Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze um mindestens 700.000, wenn nicht um eine Million geführt.

Ein Blick auf Frankreich könnte auch hier ermutigend sein. Die Regierung Jospin unterstützt die zügige Umsetzung der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung mit relativ hohen Prämien. Bei zehnpromotiger Verminderung der Arbeitszeit und Neueinstellungen erhalten die Unternehmen eine jährliche pauschale Lohnsubvention von 9.000 Francs pro neuem Arbeitsplatz. Das entspricht 4,5 Prozent der durchschnittlichen Arbeitskosten. Die Pauschalierung der Lohnkostensubvention bewirkt schon jetzt eine bevorzugte Einstellung von weniger qualifizierten und daher auch geringer bezahlten Arbeitskräften - was von der Regierung explizit angestrebt wird. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um den gleichen Prozentsatz würde in Deutschland - bei einem Ausgangswert von durchschnittlich 37,4 Wochenstunden im Jahr 1997 zu einer Durchschnittsarbeitszeit von 33,7 Stunden führen - und die deutschen Unternehmen nicht stärker belasten als die Unternehmen des wichtigsten Handelspartners Frankreich. Bei einer nur 50prozentigen Umsetzung in zusätzliche Beschäftigung führt ein solcher Schritt zu 1,7 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen. Natürlich ist dies eine schematische Rechnung, deren konkrete Umsetzung für die einzelnen Branchen und Betriebsgrößen unterschiedliche und flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung erfordert. Auch das dänische Modell der Jobrotation hat sich übrigens als beschäftigungswirksam erwiesen: Zehntausende von Langzeitarbeitslosen wurden auf diese Weise, wenn auch nur periodisch, wieder in Lohn und Brot gesetzt.

III.

Jedenfalls wird sich ohne durchgreifende Verkürzung und Umverteilung der immer knapper werdenden Erwerbsarbeit gegen das neue Produktivitätsgesetz des globalen Kapitalismus kaum etwas ausrichten lassen. Denn dieses Gesetz impliziert, daß mit immer weniger menschlicher Arbeit immer mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt werden, d.h. immer mehr Erwerbsarbeit objektiv überflüssig und wegrationalisiert wird. Darum dürfte sich auch die weit verbreitete Hoffnung, der Dienstleistungssektor werde die derzeitigen Probleme am Arbeitsmarkt lösen, als trügerisch erweisen. Nach jüngsten Berechnungen einer Würzburger Forschungsgruppe werden im nächsten Jahrzehnt infolge der Auswirkungen der modernen Informationsverarbeitung allein im Dienstleistungsbereich bundesweit über 6 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Automatisierte Arbeitsabläufe und Kassen, elektronische Zahlungsmöglichkeiten und Internet-Einkäufe werden Millionen Stellen in der Verwaltung, im Handel, bei Banken und Versicherungen überflüssig machen. Die Großfusionen bei Banken und Versicherungen tragen das übrige bei.

In Anbetracht der gewaltigen Rationalisierungs- und Entlassungswellen die erst noch auf uns zukommen werden, nimmt sich auch das beschäfti-

gungspolitische Schmuckstück der neuen Regierung, das mit 2 Mrd. Mark dotierte Sofortprogramm zur Ausbildung und Beschäftigung von 100.000 Jugendlichen, eher bescheiden aus. Wenn Rot-Grün die Arbeitslosigkeit, und im besonderen die Jugendarbeitslosigkeit, nachhaltig senken will, dann wird sie - wie die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ seit längerem fordert - nicht umhin kommen, öffentlich finanzierte Investitions- und staatliche Beschäftigungsprogramme in ganz anderen Größenordnungen aufzulegen und neben dem traditionellen Öffentlichen Dienst einen zusätzlichen öffentlichen Beschäftigungssektor aufzubauen. Wenn die Privatwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, über die Marktmechanismen für Vollbeschäftigung zu sorgen, darin steht der Staat ebenso aus sozialen wie aus gesamtwirtschaftlichen Gründen in der Pflicht, Beschäftigung auch über den traditionellen öffentlichen Dienst hinaus zu schaffen. Die Franzosen haben diesen Weg bereits eingeschlagen. Die Stellen in diesem zusätzlichen öffentlichen Sektor sind ausschließlich für neue Berufsfelder vorgesehen, die Neuengesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, für die es aber keine Marktnachfrage im herkömmlichen Sinne gibt. Dabei handelt es sich insbesondere um die Versorgung älterer Menschen, Umweltschutz/Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen, Sicherheits- und Aufsichtsdienste z.B. auf Schulhöfen, in Parkhäusern und Supermärkten, Betreuung von Strafgefangenen, Personal für Nachhilfeunterricht, Information, Bildung und Kultur. Im Gesetz wird ausdrücklich bestimmt, daß es nicht darum geht, traditionelle Stellen im öffentlichen Dienst durch dieses Programm zu ersetzen (der Stellenabbau im öffentlichen Dienst wurde gestoppt), sondern neue Berufsfelder für die Versorgung neuer Bedürfnisbereiche zu erschließen.

Die aus der Not geborene Politik zur Beseitigung hoher Arbeitslosigkeit schüfe so zugleich die Chance zusätzlichen gesellschaftlichen Nutzens durch Erweiterung, Vertiefung und v. Vervielfältigung kulturell anerkannter Arbeitsformen, die durch den geschichtlich spezifischen Konflikt von Lohnarbeit und Kapital vereinsamt und verengt wurden. Zur Schaffung dieses Non-profit-Sektors müßte ein „Fonds für gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgaben“ eingerichtet werden, an dessen Finanzierung sich, neben dem Staat und der Privatwirtschaft, auch die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungsträger bzw. die Bundesanstalt für Arbeit beteiligen - und zwar in dem Maße, wie sie über die so entstandene zusätzliche und sozialabgabenpflichtige Beschäftigung durch mehr Steuereinnahmen und verminderte Ausgaben zur Unterstützung Arbeitsloser entlastet werden. In diesem Umfang fände nach einer gewissen Anlaufphase eine Selbstfinanzierung statt: an Stelle von Arbeitslosigkeit würde endlich gesellschaftlich nützliche Arbeit finanziert.

Man sage nicht, daß für solche innovativen Beschäftigungsprogramme, die gewiß einer staatlichen Anschubfinanzierung bedürfen, im reichsten Land Europas nicht Geld genug da sei. Dieses könnte zum Teil aus Steuern (wenn es denn wirklich eine „große Steuerreform“ gäbe, die den Namen verdiente), zum Teil über eine staatliche Neuverschuldung, zusammengebracht werden - ,

und zwar durch die Aufnahme zinsgünstiger oder zinsloser Notenbankkredite (statt wie bisher über den freien, dafür teuren Kapitalmarkt). Dies freilich setzte den Bruch mit einem anderen neoliberalen Dogma voraus: dem absoluten Vorrang der staatlichen Sparpolitik vor der Beschäftigungspolitik. Eine begrenzte staatliche Neuverschuldung wäre übrigens keineswegs grundgesetzwidrig. Nach Artikel 115 des Grundgesetzes darf die staatliche Neuverschuldung dann über den öffentlichen Investitionsausgaben liegen, wenn es gilt, eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes“ abzuwehren. Diese Störung aber ist, dank sechzehn Jahren neoliberaler Dominanz, hinlänglich gegeben.

Letztendlich wird das Gelingen des gesamten rot-grünen Reformprojektes nicht nur von den finanziellen Spielräumen abhängen, die sich die neue Regierung freischaufeln muß, sondern davon, ob - Lafontainsche Traditionalisten hin, Schrödersche Modernisierer her - das Denken in bloßen betriebswirtschaftlichen Kategorien zugunsten einer Ökonomie des ganzen Hauses (Oskar Negt) überwunden wird - oder nicht.